



Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Europa

Finanzierungsmodelle und ökonomische Herausforderungen

Magdalena Stratmann

1. Einleitung

Finanzierungsmodelle von Public Service Media (PSM)¹ strukturieren maßgeblich deren Handlungsspielräume und prägen sowohl Stabilität als auch Fähigkeit zur inhaltlichen und technologischen Innovation. Sie beeinflussen darüber hinaus, in welchem Umfang PSM einem an sie gerichteten Auftrag und Publikumserwartungen unter sich wandelnden Bedingungen nachkommen können (Campos-Freire et al. 2020; Sehl 2023). Vor dem Hintergrund des Aspekts politischer Unabhängigkeit rückt zudem die Frage in den Fokus, welche institutionellen Akteure über die Finanzierung, deren Ausgestaltung und die Verwendung der finanziellen Mittel entscheiden (Eberwein et al. 2019).

Diese Studie betrachtet die Finanzierungsmodelle von PSM in Österreich, Frankreich, Italien, Polen, Schwe-

den, dem Vereinigten Königreich sowie Deutschland und untersucht, welchen Herausforderungen die PSM im Hinblick auf ihre Finanzierung gegenüberstehen. Der vergleichende Blick auf sieben Mediensysteme soll finanzierungsbezogene Faktoren identifizieren, die sowohl für die Sicherung der Unabhängigkeit als auch für eine zukunftsfähige Ausgestaltung von Bedeutung sind und damit mögliche Überlegungen zu Reformen europäischer PSM informieren können.

Die Untersuchung zu Finanzierungsmodellen und ökonomischen Herausforderungen stützt sich auf Länderberichte zur Situation der Public Service Media (PSM) in sieben europäischen Ländern, die 2025 für die Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurden. Ergänzend beschäftigen sich drei weitere Vergleichsstudien mit institutionellen Grundlagen, politischer Unabhängigkeit und digitaler Transforma-

¹ Der Begriff „Public Service Media“ (PSM) wird hier verwendet, um Medienorganisationen mit einem besonderen öffentlichen Informations- und Versorgungsauftrag zu bezeichnen, ohne sie auf spezifische nationale Rechtsformen oder einzelne Verbreitungswege zu beschränken. Im Unterschied zu Begriffen wie „öffentlich-rechtlicher Rundfunk“ oder „Public Service Broadcasters“ trägt PSM dem Umstand Rechnung, dass vergleichbare Organisationen international nicht überall in öffentlich-rechtlicher Rechtsform organisiert sind. Zudem überschreitet ihr Tätigkeitsfeld mittlerweile den klassischen Rundfunk und umfasst auch internet- und plattformbasierte Informations- und Kommunikationsangebote.

tion und ermöglichen so eine umfassende Einordnung der Finanzierungssysteme und der Zukunftsfähigkeit von PSM in Europa (Friedrich-Ebert-Stiftung o.J.).

2. Finanzierungsmodelle von PSM

Im Folgenden werden zunächst die verschiedenen Finanzierungsmodelle der PSM in Österreich, Frankreich, Italien, Polen, Schweden und dem Vereinigten Königreich skizziert.

Österreich finanzierte den ORF über Jahrzehnte primär durch Rundfunkgebühren und Werbeeinnahmen, wobei die Gebühren an den Besitz von Radio- und Fernsehgeräten anknüpften. Die Einnahmen wurden durch die Medienaufsichtsbehörde KommAustria verteilt, rund ein Drittel der Beiträge wurde zweckgebunden anderen kultur- und medienpolitischen Institutionen als dem ORF zugewiesen. Durch die zunehmende Onlinenutzung entstand allerdings im Laufe der Jahre eine „Streaminglücke“, da ORF-Programme über Computer oder andere digitale Endgeräte gebührenfrei konsumiert werden konnten. Der Verfassungsgerichtshof beurteilte dies als verfassungswidrig und erzwang schließlich im Jahr 2022 eine Reform. Seit 2025 gilt nun in Österreich eine allgemeine Haushaltsabgabe, die durch Länderabgaben ergänzt wird (Beaufort 2026).

Frankreich schaffte 2022 die bis dahin geltende primäre finanzielle Grundlage der französischen PSM und durch staatliche Zuschüsse ergänzte Fernseh- und Rundfunkgebühr „Contribution à l’audiovisuel public“ ab und ersetzte sie zeitlich befristet durch eine Finanzierung der PSM über die Mehrwertsteuer (Poulain 2026).

Italien nutzt zwei Mechanismen für die Finanzierung der PSM-Organisation Rai: Zum einen gibt es seit 1938 eine Rundfunkgebühr, die an den Besitz von Radio- und Fernsehgeräten anknüpft. Ergänzend spielen Werbeeinnahmen eine wichtige Rolle (Bagnariol 2026).

Auch **Polen** PSM-Finanzierung basiert seit 2005 auf einer Rundfunk- und Fernsehgebühr, die an den Besitz von Radio- und Fernsehgeräten gebunden ist (Horoziak 2026).

Schweden hat 2019 anstelle einer Rundfunkgebühr, die an den Besitz von Radio- und Fernsehgeräten anknüpft, eine einkommensabhängige, verpflichtende Abgabe eingeführt, über die grundsätzlich alle Steuerzahler:innen zur Finanzierung der schwedischen PSM beitragen. Der Einzug der Abgabe erfolgt zusammen mit der Einkommensteuer durch die Steuerbehörde (Kaun/Biendara 2026).

Im **Vereinigten Königreich** wird die BBC ebenfalls primär über eine Nutzungs- bzw. Lizenzgebühr finanziert, die für Haushalte gilt, die BBC-Rundfunkprogramme oder den BBC IPlayer nutzen. Daneben spielen Werbeeinnahmen und Einnahmen aus dem Verkauf von Rechten bezüglich der von der BBC produzierten Inhalte eine Rolle. Die kommerziellen britischen PSM finanzieren sich insbesondere über Werbeeinnahmen (Chivers 2026).

Deutschland finanziert seine öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten primär über einen haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag, der monatlich erhoben wird und unabhängig von der Nutzung der Angebote anfällt. Die Einnah-

men werden vor allem an die ÖRR-Organisationen ARD, ZDF und Deutschlandradio verteilt, während der Auslandssender Deutsche Welle überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird. Ergänzend generieren die Sender begrenzte Einnahmen aus Werbung, Sponsoring sowie aus Lizenz- und Verwertungserlösen (Stratmann 2026).

Zusammenfassend lassen sich folgende Finanzierungsquellen der PSM unterscheiden: haushaltsbezogene Gebühren, unterschiedlich konzipierte Arten von Steuern, gerätegebundene Gebühren, Werbeeinnahmen, Erträge aus dem Verkauf von Rechten zur Nutzung von PSM-Inhalten und zuletzt staatliche Zuschüsse.

3. Legitimität und politische Debatte um Finanzierungsmechanismen

Die Finanzierung von PSM ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine normative Frage: In vielen Ländern wird darüber diskutiert, inwieweit unterschiedliche Finanzierungsmodelle gerechtfertigt sind, insbesondere wenn die Zahlungspflicht für die PSM-Beträge grundsätzlich für alle Steuerzahler:innen, Haushalte oder Besitzer:innen bestimmter Geräte gilt, unabhängig davon, ob sie die Angebote tatsächlich nutzen (Campos-Freire et al. 2020: 676). In **Italien** wird die Gebühr politisch vor allem von der rechten Opposition kritisiert. Der Verfassungsgerichtshof hat jedoch wiederholt die Rechtmäßigkeit der Rundfunkgebühr bestätigt, die an den Besitz von Radio- und Fernsehgeräten anknüpft und die Finanzierung der Rai sichert (Bagnariol 2026).

4. Die finanzielle Situation europäischer PSM: Begrenzungen und Kürzungen

In diesem Abschnitt wird auf aktuelle Entwicklungen eingegangen, die die Sicherstellung und Stabilität der PSM-Finanzierung in der zeitnahen Zukunft betreffen.

Der **österreichische ORF** sieht sich künftig mit finanziellen Einschränkungen konfrontiert. Die jüngste Gesetzesnovelle zu dessen Finanzierung friert die ORF-Haushaltsabgabe für 2027 bis 2029 auf 15,30 Euro ein, wodurch ein Sparbedarf von rund 220 Millionen Euro entsteht. Überschreitungen des Budgets sind nur für bestimmte, etwa kulturelle, Programminhalte wie beispielsweise das ORF-Radiosymphonieorchester, zulässig. Zwar bleibt die Haushaltsabgabe damit weiterhin als Einnahmequelle erhalten, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel des ORF werden jedoch durch die eingefrorene Höhe der Abgabe begrenzt, was insbesondere künftige Investitionen erschwert (Beaufort 2026).

Vor bzw. zeitgleich mit der Abschaffung der Fernseh- und Rundfunkgebühr und der befristeten Einführung einer primär auf der Mehrwertsteuer basierenden Finanzierung sind die staatlichen Zuschüsse an die PSM in **Frankreich** seit Jahren sukzessive gekürzt worden: Das Gesamtbudget für die französische PSM ist seit 2015 real kaum gewachsen, während die Inflation deutlich gestiegen ist. Bei France Télévisions etwa sank die staatliche Unterstützung zwi-

schen 2018 und 2022 um 161 Millionen Euro. Für 2025 und die folgenden Jahre sind weitere Kürzungen angekündigt, was zu deutlichen Einschnitten bei den finanziellen Grundlagen der französischen PSM führen wird (Poulain 2026).

Italien hat bisher keine signifikanten und dauerhaften Kürzungen des PSM-Budgets vorgenommen. Im Jahr 2024 erfolgte eine vorübergehende Senkung der Rundfunkgebühr von 90 auf 70 Euro, die zu einem Einnahmeausfall von rund 430 Millionen Euro führte. Die Regierung kompensierte diesen Ausfall allerdings durch eine direkte Übertragung von Mitteln an Rai. Ansonsten bleibt die Finanzierung von Rai bislang stabil, tiefgreifende finanzielle Kürzungen oder Einschränkungen etwa durch Einfrieren von Mittelbemessungsgrenzen wurden bislang nicht beschlossen und auch nicht in Aussicht gestellt (Bagnariol 2026).

In **Polen** wurde in jüngster Zeit keine Kürzung bei der Gebührenbemessung vorgenommen. Die Finanzierung der polnischen PSM ist allerdings seit Jahren instabil, da die Rundfunkgebühren nur zu einem Bruchteil eingezogen werden. Die Hauptgründe dafür sind, dass die Einnahme der Rundfunkgebühren an den Besitz von Empfangsgeräten anknüpft und weniger als 40 Prozent der Haushalte ihre Geräte registrieren. Darüber hinaus leisten nur rund 32 Prozent der Pflichtigen die anfallenden Zahlungen. Verstärkt wird die Problematik noch dadurch, dass die Post mit dem Einzug der Gebühren betraut ist, wofür sie wiederum einen von den tatsächlich eingenommenen Gebühren unabhängigen Betrag erhält, der aber von den Einnahmen abgezogen wird. Angesichts der unzureichenden Erhebungspraxis wurden 2020 gesetzlich staatliche Zuschüsse ermöglicht. Diese sind jedoch optional und politisch umkämpft, sodass die PSM in Polen sich aktuell dauerhaft mit strukturellen Budgetengpässen konfrontiert sehen und eine faktische Unterfinanzierung fortbesteht (Horonziak 2026).

Die 2019 in **Schweden** eingeführte einkommensabhängige Gebühr sorgt grundsätzlich bislang für stabile Einnahmen zur Finanzierung der PSM. Tatsächlich gehören die schwedischen zu den in Europa finanziell am besten ausgestatteten PSM. Aufgrund einer Gesetzesänderung wird jedoch ab 2026 die jährliche Finanzierung nicht mehr, wie es in der Vergangenheit der Fall war, um die Inflation zu berücksichtigen, erhöht, sondern die jährlichen Mittelzuwächse werden von drei auf nur noch einen Prozent reduziert werden. Real bedeutet dies, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aufgrund der Inflation effektiv sinken. Zwar sind die schwedischen PSM im europäischen Vergleich weiterhin gut finanziert, die zukünftige vorgesehene Entwicklung wirkt jedoch wie eine moderate Kürzung der künftigen Mittelbasis (Kaun/Biendara 2026).

Im **Vereinigten Königreich** sieht sich die BBC bereits seit 2010 realen Einnahmerückgängen ausgesetzt, da die Lizenzgebühr wiederholt eingefroren oder unter Inflationsniveau festgesetzt wurde, was drastische Kürzungen beim Angebot zur Folge hatte. 2022 wurde eine zweijährige Einfrierung der Gebühr beschlossen, die bis 2027 einen prognostizierten Einnahmeverlust von 2,2 Milliarden Pfund verursacht. Neben der Einfrierung hat die britische Regierung bereits angekündigt, dass in Zukunft auf ein anderes primäres Finanzierungsmodell umgestellt und die Lizenzgebühr

abgeschafft oder umgestaltet werden soll. Die bislang in diesem Zusammenhang diskutierten Modelle würden weitere starke Einschnitte bei den vorhandenen finanziellen Mitteln bedeuten. Die Unsicherheit bei der rechtlich abgesicherten Finanzierung der BBC führt dazu, dass kommerzielle Nebenerlöse wie Werbung und der Verkauf von Nutzungsrechten zunehmend an Bedeutung gewinnen, was sich wiederum auf die allgemeine Ausrichtung der BBC auswirken kann. Eine verstärkte Abhängigkeit von Werbeeinnahmen kann dabei die Orientierung auf kommerzielle Interessen verstärken und die Ausrichtung der BBC als gemeinwohlorientiertes Medium mit einem besonderen gesellschaftlichen Auftrag beeinträchtigen (Chivers 2026).

Deutschland gehört im europäischen Vergleich weiterhin zu den Ländern mit einer relativ stabilen Finanzierung des PSM-Systems. Die Einnahmen aus dem Rundfunkbeitrag beliefen sich 2024 auf rund 8,74 Milliarden Euro, wovon der überwiegende Teil an die PSM-Organisationen ARD, ZDF und Deutschlandradio verteilt wurde. Dennoch stehen auch die deutschen PSM vor finanziellen Herausforderungen: Insbesondere allgemein steigende Kosten und Investitionen in Digitalisierung erhöhen den Finanzbedarf. Gleichzeitig bestehen politische Konflikte über von den PSM geforderte Erhöhungen des Rundfunkbeitrags. Durch gesetzliche Reformen in der jüngsten Vergangenheit sind die PSM-Organisationen zudem bereits zu Sparmaßnahmen wie Programmzusammenlegungen und -streichungen verpflichtet worden, um langfristig Kosten zu reduzieren (Stratmann 2026). Die Analyse zeigt, dass die PSM in den sieben untersuchten Ländern unterschiedlich stark von Begrenzungen und Kürzungen ihrer finanziellen Mittel betroffen sind. In Österreich, Schweden, Italien und Deutschland sind die Einnahmequellen vergleichsweise stabil, auch wenn in Österreich die eingefrorene Haushaltsabgabe, in Schweden die geplante Reduzierung der jährlichen Mittelzuwächse und in Deutschland Konflikte über die Rundfunkbeitragserhöhung die Handlungsspielräume einschränken. Italien verzeichnete nur eine kurzfristige Anpassung der Rundfunkgebühr, die durch staatliche Mittel ausgeglichen wurde. Deutlich prekärer ist die Lage in Frankreich, Polen und dem Vereinigten Königreich: In Frankreich wurden die Budgets sukzessive gekürzt, und die steuerbasierte Übergangslösung bietet nur begrenzte Sicherheit. In Polen führt die ineffiziente Einziehung der Gebühren zu strukturellen finanziellen Defiziten der PSM, während im Vereinigten Königreich wiederholte Einfrierungen der Lizenzgebühr und drohende Reformen die langfristige finanzielle Stabilität der BBC stark belasten.

5. PSM-Finanzierung: Entscheidungsstrukturen und Unabhängigkeit

Der folgende Abschnitt geht auf den Aspekt länderspezifischer Akteurs- und Entscheidungsstrukturen der PSM-Finanzierung sowie deren Auswirkungen auf Unabhängigkeit und Auftragswahrnehmung ein.

In **Frankreich** hatte der Verfassungsrat darüber zu urteilen, inwiefern die Legislative über das Finanzierungsmodell

dell für die PSM entscheiden darf, was der Verfassungsrat bejahte (Poulain 2026). Allgemein ist in den untersuchten Ländern der grundlegende Rahmen für das Finanzierungsmodell bzw. einzelne Finanzierungsmechanismen der PSM gesetzlich festgelegt. Die Entscheidung über die finanzielle Ausgestaltung liegt damit grundsätzlich in den Händen der Legislative. Teilweise entscheiden auch noch weitere Akteure – etwa die Regierung oder andere Institutionen wie Aufsichtsbehörden – über einzelne Aspekte, beispielsweise bestimmte Gebühren- bzw. Beitragsermessungsgrenzen oder die Verteilung der eingenommenen Mittel.

Dieser Fall zeigt, inwiefern sowohl die Zuweisung der Zuständigkeit für die Entscheidung über das Finanzierungsmodell als auch die Wahl des Finanzierungsmodells selbst und die Entscheidung über die Mittelverwendung strukturelle Einflussmöglichkeiten eröffnen, indem sie die Kontrolle über zentrale finanzielle Ressourcen bestimmten Akteuren zuweisen und damit potenzielle Abhängigkeiten schaffen, die sich auf die institutionelle Unabhängigkeit und die Auftragswahrnehmung auswirken können.

Im Gegensatz zum **französischen Beispiel**, wo die steuerfinanzierte PSM-Mittelverwendung jährlich im Haushaltsprozess der Regierung entschieden wird, verfolgt **Schweden** mit der 2019 eingeführten einkommensabhängigen Abgabe eine Struktur, die Stabilität und politische Unabhängigkeit stärken soll: Die Mittel werden vom Staatshaushalt getrennt verwaltet und mehrjährig zugewiesen (Kaun/Biendara 2026).

Deutschland verfolgt ein Finanzierungsmodell, das politische Einflussmöglichkeiten institutionell begrenzen

soll. Zwar entscheiden die Bundesländer formal über die Höhe des Rundfunkbeitrags, zuvor wird der Finanzbedarf der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten jedoch von der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) geprüft und bewertet. Die Länder sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet, sich eng an dieser Empfehlung zu orientieren, wodurch ein Verfahren geschaffen wurde, das politische Einflussnahme auf die Finanzierung begrenzen und die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks institutionell absichern soll (Stratmann 2026).

6. Zusammenfassung

Die vergleichende Analyse der Finanzierungsmodelle und ökonomischen Rahmenbedingungen von PSM in Österreich, Frankreich, Italien, Polen, Schweden, dem Vereinigten Königreich und Deutschland verdeutlicht, dass Finanzierung ein zentraler Hebel für Handlungsspielräume, Innovationsfähigkeit und politische Unabhängigkeit von PSM ist. Finanzierungsmodelle bestimmen nicht nur das verfügbare Ressourcenvolumen, sondern strukturieren zugleich Macht- und Entscheidungsbeziehungen zwischen PSM und politischen Akteuren.

Die Untersuchung zeigt eine große Vielfalt an Finanzierungsmechanismen, die von geräte- oder haushaltsbezogenen Gebühren über einkommensabhängige Abgaben und steuerbasierte Modelle bis hin zu Mischformen aus Gebühren, Werbung und kommerziellen Nebenerlösen rei-

Abb. 1

Vergleich jährliche Einnahmen für PSM aus Beiträgen, Gebühren, Abgaben, MwSt.-Anteil*

Land	Einnahmen für PSM	Bevölkerung (2024)	Bezugsjahr Einnahme	Art der Einnahme
Deutschland	8,74 Mrd. €	83.511.000	2024	haushaltsbezogener Rundfunkbeitrag
Frankreich	4,026 Mrd. €	68.516.700	2024	steuerbasierte Finanzierung (MwSt.-Anteil)
Vereinigtes Königreich	4,39 Mrd. € (3,8 Mrd. £)	69.226.000	2024	TV Licence Fee
Italien	1,9 Mrd. €	58.986.000	2023	Rundfunkgebühr über Stromrechnung
Schweden	0,88 Mrd. € (9,491 Mrd. SEK)	10.569.700	2024	einkommensabhängige Public-Service-Abgabe
Österreich	710 Mio. €	9.178.500	Prognose 2027–2029	Haushaltsabgabe (ORF-Beitrag)
Polen	142 Mio. €	36.554.700	Prognose 2025	Rundfunkgebühr

* Nicht erfasst sind teilweise ergänzende Einnahmen der PSM aus z. B. Werbung und Lizenzen.

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf: „Basistabelle Bevölkerung“, Destatis, https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender/Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_Bevolkerung.html (6.3.2026).

chen. Diese Vielfalt spiegelt unterschiedliche medienpolitische Traditionen wider, ist jedoch mit jeweils spezifischen Risiken verbunden. Während beitrags- oder abgabenbasierte Modelle grundsätzlich eine stabile und vom jährlichen Haushaltsprozess entkoppelte Finanzierung ermöglichen können, sind sie häufig Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Legitimationsdebatten. Steuerbasierte Modelle hingegen bergen ein erhöhtes Risiko politischer Einflussnahme, da sie PSM stärker in die Logik staatlicher Haushaltsentscheidungen einbinden.

In nahezu allen untersuchten Ländern sind PSM aktuell mit realen oder drohenden Einschränkungen ihrer finanziellen Mittel konfrontiert. Einfrieren von Gebühren, unterinflationäre Anpassungen oder ineffiziente Erhebungsmechanismen führen dazu, dass die finanziellen Grundlagen der PSM vielfach erodieren. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung in Frankreich, Polen und dem Vereinigten Königreich, wo strukturelle Unterfinanzierung, politische Unsicherheit oder langfristige Kürzungen die Erfüllung des öffentlichen Auftrags zunehmend erschweren. Aber auch in Ländern mit vergleichsweise stabiler Finanzierung wie Österreich, Schweden, Italien und Deutschland zeichnen sich mittelfristige Begrenzungen ab. Diese können Investitionen in Programmqualität, Digitalisierung und Innovation einschränken.

Ein zentrales Ergebnis der Analyse ist, dass nicht allein die Höhe der finanziellen Mittel, sondern insbesondere die Entscheidungsstrukturen über deren Festlegung und Verwendung für die Unabhängigkeit von PSM ausschlaggebend sind. Wo Parlamente oder Regierungen unmittelbar und kurzfristig über Budgets, Gebührenhöhen oder Mittelverwendung entscheiden, entstehen strukturelle Abhängigkeiten, die politischen Druck begünstigen. Modelle mit mehrjähriger, vom Staatshaushalt entkoppelter Finanzierung und klar geregelten Anpassungsmechanismen – wie etwa in Schweden – bieten demgegenüber vergleichsweise stärkere institutionelle Sicherungen.

Literatur

Bagnariol, Luca (2026): Italien – Eine Analyse der Rai zwischen Tradition und Reformbedarf, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Beaufort, Maren (2026): Österreich – Herausforderungen, Wandel und Perspektiven, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1964639> (6.4.2026).

Campos-Freire, Francisco; Rodríguez-Castro, Marta; Blasco-Blasco, Olga (2020): Public Service Media's Funding Crisis in the Face of the Digital Challenge, in: Rocha, Álvaro; Ferrás, Carlos; Montenegro Marin, Carlos Enrique; Medina García, Víctor Hugo (Hrsg.): Information Technology and Systems, Advances in Intelligent Systems and Computing, Cham, Springer International Publishing, S. 671–80, doi:10.1007/978-3-030-40690-5_64 (6.4.2026).

Chivers, Tom (2026): Vereinigtes Königreich – öffentliche Medien am Abgrund, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1964906> (6.4.2026).

Eberwein, Tobias; Saurwein, Florian; Karmasin, Matthias (2019): Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Europa: Ein kennzahlenbasierter Vergleich zum Verhältnis von Finanzierung und Publikumsleistungen, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, S. 141–167, doi:10.17879/JCSW-2019-2504 (14.4.2026).

Friedrich-Ebert-Stiftung (o. J.): Rundfunk in Europa, <https://www.fes.de/medienpolitik/rundfunk-in-europa> (6.4.2026).

Horonziak, Sonia (2026): Polen – politische Vereinnahmung, strukturelle Schwächen und die Herausforderungen einer echten Reform, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1964879> (6.4.2026).

Kaun, Anne; Biendara, Michele Madeine (2026): Schweden – wie steht es um die öffentlich-rechtlichen Medien?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1965442> (6.4.2026).

Poulain, Sébastien (2026): Frankreich – Utopie im Widerstand, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Sehl, Annika (2023): Einflussfaktoren auf die Zahlungsbereitschaft für öffentlich-rechtliche Medien, in: MedienWirtschaft 20 (45), S. 32–35.

Stratmann, Magdalena (2026): Herausforderungen und Chancen: Der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zeiten von Plattformen und KI, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Über die Autorin

Magdalena Stratmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI) im Forschungsprogramm „Regelungsstrukturen und Regelbildung in digitalen Kommunikationsräumen“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Medienregulierung mit besonderem Fokus auf öffentlicher digitaler Kommunikation, öffentlich-rechtlichen Medien sowie der Regulierung künstlicher Intelligenz.

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Kontakt

Dr. Johannes Crückeberg
medienpolitik@fes.de

Bildnachweis

Titelillustration: Till Lukat

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

April 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
www.fes.de/publikationen

